

Beantwortung einer Anfrage nach § 4 der Geschäftsordnung öffentlicher Teil

Gremium	Datum
Gesundheitsausschuss	02.03.2021

Beantwortung der Anfrage der SPD-Fraktion AN/0377/2021

Mit AN/0377/2021 fragt die SPD-Fraktion die Verwaltung:

- 1.) *Warum hat die Oberbürgermeisterin die No-Covid-Strategie nicht den Gesundheitsausschuss vorgestellt, sondern nur mit der Presse besprochen?*
- 2.) *War die Äußerung der Oberbürgermeisterin ein persönlicher Beitrag zur politischen Diskussion, oder beabsichtigt die OB, daraus Richtlinien oder Regelungen für die Pandemie-Bekämpfung in Köln abzuleiten?*
- 3.) *Falls die zweite Frage mit ja beantwortet wird: Wo werden diese Regeln oder Richtlinien entwickelt und beschlossen (Krisenstab, Gesundheitsamt, Rat)?*
- 4.) *Beabsichtigt die Oberbürgermeisterin, den Gesundheitsausschuss mit einer Mitteilung oder Beschlussvorlage über ihre No-Covid-Strategie zu informieren?*

Zunächst wird Folgendes vorangestellt:

Im Absatz 1 der Anfrage der SPD-Fraktion heißt es, „dass Oberbürgermeisterin Henriette Reker für die von einer Gruppe von Wissenschaftler*innen initiierte „No-Covid“-Strategie werbe. [...] Die Stadt befinde sich dazu im Austausch mit der Uniklinik-Köln, wo mit Prof. Dr. Michael Hallek, dem Direktor der Klinik I für Innere Medizin, ein Mitinitiator der Strategie zugegen sei.“

Richtig ist, dass sich die Oberbürgermeisterin im regelmäßigen Austausch mit vielen Vertreter*innen aus Wissenschaft, Medizin, Ökonomie und Politik und Expert*innen unterschiedlicher Disziplinen, so auch mit Prof. Dr. Michael Hallek zu Fragen der Eindämmung des Covid-19-Virus befindet. Diese Expert*innen besuchen auch den Krisenstab und tragen dort vor.

Bei allen Beratungen geht es selbstverständlich stets darum, Wege und Strategien auszuloten und zu bewerten, die dazu beitragen können, die Infektionszahlen in Köln dauerhaft zu verringern und eine Rückkehr in das gewohnte Alltagsleben für alle Kölner*innen zu ermöglichen.

Zu der von einem Kreis von Wissenschaftler*innen, Mediziner*innen und Ökonom*innen unlängst formulierten „No-Covid-Strategie“ vertritt die Oberbürgermeisterin selbstverständlich eine Meinung, die sie nicht nur gegenüber der Kölner Tagespresse, sondern auch den überregionalen Medien, so unter anderem auch gegenüber der Frankfurter Allgemeinen Zeitung am 17.02.2021 ausführlich erläutert hat. Dabei geht es nicht um ein „Werben“ für eine „Extra-Strategie“, sondern darum, eine offene Diskussion über alle denkbaren Maßnahmen zur Pandemie-Bekämpfung zu führen.

Die Oberbürgermeisterin sowie die Mitglieder des Verwaltungsvorstandes berichten gegenüber dem Hauptausschuss regelmäßig aus der Arbeit des Krisenstabs und den dort getroffenen Entscheidungen. Eine Informationspflicht der Oberbürgermeisterin zu den von ihr vertretenen Meinungen und Haltungen gegenüber den Ausschüssen besteht indes nicht.

Antwort zu Frage 1)

Wie auch den Mitgliedern des Gesundheitsausschusses bekannt ist, berichtet nicht die Oberbürgermeisterin, sondern der Gesundheitsdezernent sowie die Leitungen der Feuerwehr und des Rettungsdienstes gegenüber dem Gesundheitsausschuss über die Arbeit der Verwaltung.

Darüber hinaus bestand kein Anlass, einen Standpunkt oder eine Meinung der Oberbürgermeisterin gegenüber dem Ausschuss vorzustellen, da es hierbei nicht um Verwaltungshandeln geht.

Antwort zu Frage 2)

Die Haltung und Einschätzung der Oberbürgermeisterin zur No-Covid-Strategie, die in Teilen der Medienlandschaft äußerst verkürzt, in anderen weitaus differenzierter dargestellt werden, speisen sich aus den vielfältigen Gesprächen mit den Expert*innen innerhalb und außerhalb der Verwaltung. Sollten sich aus diesen Konsultationen Handlungsempfehlungen ableiten lassen, so ist stets zu prüfen, ob diese auf die Kölner Situation übertragbar sind.

Antwort zu Frage 3)

Die Entscheidungen zur Ableitung und Einführung bestimmter Richtlinien und Regelungen für die Pandemie-Bekämpfung werden in Köln, wie in anderen Kommunen in Nordrhein-Westfalen im Krisenstab getroffen und vor Inkrafttreten mit der Landesregierung abgestimmt.

Antwort zu Frage 4)

Eine Mitteilung an den Gesundheitsausschuss ist nicht beabsichtigt, da diese ausschließlich ein Meinungsbild der Oberbürgermeisterin widerspiegeln würde, das bereits jetzt Gegenstand der Debatten ist. Eine Beschlussvorlage ist aufgrund nicht vorhandener zu beschließender Inhalte ebenfalls nicht in Planung.

Gez. Reker